



KW 6 – 1. Teil Närrische Zeit

Wie Sie wissen, liebe Leserinnen und Leser, neige ich dazu, mir Sendungen im Fernsehen anzutun, die das Erträgliche übersteigen, so zum Beispiel „TV total“, worüber ich am 8. Februar berichtet habe.

Gestern Abend lief das närrische Traditionsprogramm „Mainz bleibt Mainz, wie es singt und lacht“, live im ZDF ab 20:15 Uhr bis nach Mitternacht. Dieses Werk des Frohsinns habe ich mir bislang nicht zu Gemüte geführt, weil komisch verkleidete Menschen nicht meine Sache sind. Schon der Fasching in der Kita war mir zuwider. Da die „heute show“ und das „ZDF-Magazin Royale“ entfielen und ich den Donna Leon-Krimi von 2019 und „Mission Impossible“ aus dem Jahre 2011 schon kannte, und mir auf keinen Fall im rbb zum hundertsten Male die „schönsten Kultschlager der 80er Jahre“ reinziehen wollte, schaute ich mir das Treiben im Kurfürstlichen Schloss zu Mainz an, allerdings nur bis 22:00 Uhr, dann fielen die Augen zu.

Anerkennend muss ich sagen, dass mir die kabarettistischen Vorträge gut gefallen haben, wobei es sich mir nicht erschließt, warum sich die Leute dazu verkleiden müssen. Die Regierenden bekamen ihr Fett weg. Abgesehen von der rheinland-pfälzischen Lokal-Polit-Prominenz, hat das kein Bundespolitiker mitbekommen, sie blieben fern. „Zum ersten Mal seit 25 Jahren ist keiner aus der Bundesregierung dabei“, sagte Sitzungspräsident **Andreas Schmitt**, der von Jahr zu Jahr gewichtiger daherkommt. Nein, keine Witze über Dicke, schon gar nicht von einem Dicken. Zu diesem Thema ist die neueste Ausgabe von „Reschke Fernsehen“ zu empfehlen.

In diesen Tagen kommt man nicht an dem zentralen Thema Rechtsradikalismus und die Rolle der AfD vorbei. Klare Kante und deutliche Worte gab es dazu aus Mainz, nicht gesungen, nicht gelacht. Diese Botschaft sollte verstanden werden. Wenn es um die Verteidigung der Demokratie und ihrer Werte geht, verstehen die Narren keine Spaß. Achtung Klassiker: Und das ist auch gut so!

Höchst empfehlenswert, anzuschauen in der ARD-Mediathek: **extra 3** mit **Christian Ehring** vom 8. Februar 2024.

Unser Rechtsstaat ist uns lieb, vor allem aber sehr teuer. „1.268 Tage lief der Prozess in Berlin –

Bushido (45) gegen Arafat Abou-Chaker (47) und seine Brüder. Nun das Urteil! Der Clan-Boss kommt mit einer Geldstrafe davon. Mehr noch: Er bekommt eine Haftentschädigung!“ BILD hat nachgerechnet und kommt auf 2,4 Millionen Euro Gesamtkosten für den Prozess, davon allein 1,2 Millionen für Bushidos Personenschutz. Schön wäre es, so viel Geld zu haben, um jüdische Studenten vor gewaltbereiten und politisch verblendeten Kommilitonen zu schützen. Dass es ein Hochschulgesetz gibt, das lediglich ein befristetes Hausverbot, nicht aber den Rauswurf aus der Universität vorsieht, ist ein Skandal.

In einer Demokratie, in einem Rechtsstaat, zu leben, bedeutet auch, Unerträgliches hinnehmen zu müssen. Putins Krieg gegen die Ukraine findet nicht nur in diesem seit zwei Jahren unter Terrorangriffen leidenden Land, sondern vor allem auch in allen unseriösen Medien dieser Welt statt.

Höhepunkt in dieser Woche war das so genannte Interview, das der so genannte Journalist **Tucker Carlson** mit dem faschistischen russischen Staatschef **Wladimir Putin** führte, der in dieser Woche mal wieder einen möglichen Gegenkandidaten für die Präsidentschaftswahl, **Boris Nadeschdin**, aus dem Rennen werfen ließ. Dass rund 9.000 Unterstützerunterschriften fehlerhaft gewesen sein sollen, dürfte ein Vorwand sein. Die russische Justiz ist nicht unabhängig. In der Pseudodemokratie Russland sagt nur einer, wo es langgeht.

Interviews dieser Art nannte **Wolfgang Neuss** einmal „Laubsägeinterviews“, „Bitte sagen Sie mir, was ich Sie fragen soll, es fällt Ihnen leichter zu antworten.“ Der polnische Parlamentspräsident **Szymon Holownia** hat davor gewarnt, beschwichtigenden Äußerungen von Putin bezüglich der Möglichkeit, Polen oder die baltischen Republiken anzugreifen, Glauben zu schenken. Carlson, so Holownia, habe sich als „nützlicher Idiot für die russische Propaganda erwiesen.“

Schlimm ist, dass diese Propaganda bei den Mitgliedern und Unterstützern der zu einer Sekte verkommenen Republikanischen Partei, auf fruchtbaren Boden fällt. **Donald Trump** braucht eigentlich kein Amt, er bestimmt auch so, was in den USA zu geschehen hat. So verhindert er nach wie vor die Freigabe von dringend benötigten Mitteln für die Ukraine, immerhin 60 Milliarden Dollar. Ob der Besuch von **Olaf Scholz** in Washington, D.C., etwas bewirken kann, darf bezweifelt werden. Putin sagt ganz klar das, was auch Trump sagt, der Krieg könnte sofort beendet werden. Welchen Preis die Ukraine dafür



bezahlen müsste, ist klar: Die Aufgabe ihrer Souveränität, mindestens aber die Anerkennung des Verlustes der Gebiete, die sich bereits Putin unter den Nagel gerissen hat.

Kein Mensch weiß, wie dieses Drama ausgehen wird. Es gibt wenig Hoffnung auf ein gutes Ende. Schaut man in die USA, die zu einem guten Ausgang beitragen könnten, wird einem übel. Es war mutig vom Bundesstaat Colorado, Trump nicht zur Vorwahl antreten zu lassen. Der von Trump-Marionetten dominierte Supreme Court wird aber den Weg für ihn freimachen.

Gäbe es doch wenigstens einen Hoffnungsschimmer in Form einer Alternative. Einen jungen oder eine junge Kandidatin der Demokraten, eloquent, emphatisch, sympathisch. Die Demokraten haben doch bewiesen, dass sie das können, ob Kennedy, Carter, Clinton oder Obama. Alle hatten auch ihre Schwächen, aber sie waren Hoffnungsträger, was der amtierende Präsident nicht ist. Man mag schon gar nicht mehr hinschauen, wenn sich der alte Mann ans Mikrophon schleppt und eine Peinlichkeit nach der anderen produziert und fatal an unseren **Heinrich Lübke** erinnert. Jüngst bezeichnete Joe Biden den ägyptischen Präsidenten **Abdel Fattah al-Sisi** als „mexikanischen Präsidenten“. Davor verwechselte er schon **Helmut Kohl** mit **Angela Merkel** und **François Mitterrand** mit **Emmanuel Macron**. Wie hat Biden gestern Abend eigentlich **Olaf Scholz** begrüßt, mit „Herzlich willkommen Herr Merz“?

Was noch? Die FDP gibt jetzt den Orban in Brüssel. „Mit ihrem Nein zum EU-Lieferkettengesetz hat die FDP den EU-Rat gezwungen, die Abstimmung darüber kurzfristig zu verschieben. Das Gesetz sollte es ermöglichen, Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen, wenn sie im Ausland von Kinder- und Zwangsarbeit profitieren.“ MDR

Welt-Kommentator **Christoph Kapalschinski** pflichtet dem FDP-Boycott bei: „Die Lieferketten-Richtlinie der EU soll verhindern, dass Firmen an Kinderarbeit verdienen. Aber wer will das in China kontrollieren? Zum Glück konnte die FDP eine Verschiebung der Abstimmung in Brüssel erreichen. Die Richtlinie muss überarbeitet werden.“ Was ist das für eine bescheuerte Argumentation? Natürlich wird man nicht in jedem Einzelfall überprüfen können, ob die Firmen anständig arbeiten. Allerdings ein Gesetz zu haben, dass Kinderarbeit untersagt, ist doch mehr als nur ein Zeichen, das alle Beteiligten dazu zwingt, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Die FDP hat Angst vor zu viel Bürokratie, sehr glaubhaft.

Wo bleibt das Positive?

Hier. „Das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Kultusministerkonferenz (KMK) haben sich nach langen Verhandlungen auf die Ausgestaltung des milliardenschweren Startchancen-Programms des Bundes geeinigt, mit dem gezielt Schulen mit einem hohen Anteil sozioökonomisch benachteiligter Schülerinnen und Schüler unterstützt werden sollen.“

„Das Startchancenprogramm ist ein Gewinn für das deutsche Bildungssystem und stellt einen bedeutenden Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit gerade in einer Stadt wie Berlin dar. Das gemeinsame Ziel ist klar: Wir wollen den Bildungserfolg stärker von der sozialen Herkunft entkoppeln und mehr Chancengerechtigkeit in der schulischen Bildung ermöglichen“, sagte **Katharina Günther-Wünsch**, Senatorin für Bildung, Jugend und Familie anlässlich der Einigung zwischen Bund und Ländern.

„Das Startchancen-Programm soll zum Schuljahr 2024/25 mit einer Laufzeit von zehn Jahren starten. Das Bundesministerium will jährlich bis zu einer Milliarde Euro geben, die Länder sollen sich in gleicher Höhe beteiligen. Von dem Programm sollen circa 4.000 Schulen bundesweit profitieren.“

Das Programm ist in drei Säulen aufgeteilt. Mit Startchancen sollen ein Investitionsprogramm für eine zeitgemäße und förderliche Lernumgebung etabliert, ein Chancenbudget für bedarfsgerechte Lösungen zur Schul- und Unterrichtsentwicklung geschaffen und nicht zuletzt die multiprofessionellen Teams an den Schulen gestärkt werden.

Ein besonderer Fokus liegt auf der Stärkung der Basiskompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen in Grundschulen. So sollen neben weiterführenden und beruflichen Schulen 60 Prozent der Startchancen-Schulen Grundschulen sein. Gegenstand der Unterstützung ist außerdem die Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler.“

Das scheint mir der richtige Schritt in die richtige Richtung zu sein. Fachkräfteakquise beginnt in der Grundschule. Quelle: Senatsverwaltung für Bildung

Martin Hikel und **Nicola Böcker-Giannini** wollen **Raed Saleh** und **Franziska Giffey** als SPD-Vorsitzende ablösen. Endlich wird's mal wieder spannend in der Berliner SPD. Mit Hikel würde die Partei den größten Vorsitzenden aller Zeiten bekommen.

Ed Koch